

**Lübbecker Kreiszeitung 16.05.2020**

## **Unter Beobachtung**

Westfleisch: keine gravierenden Mängel bei  
Unterkünften in Lübbecke





DAS BETRIEBSGELÄNDE DER FIRMA WESTFLEISCH WAR NICHT GEGENSTAND DER  
UNTERSUCHUNGEN. DAS GESUNDHEITSAMT NAHM DIE UNTERKÜNFTE DER BESCHÄFTIGTEN IM  
ALTKREIS UNTER DIE LUPE. FOTO: NIEMEYER DAS BETRIEBSGELÄNDE DER FIRMA WESTFLEISCH  
WAR NICHT GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNGEN. DAS GESUNDHEITSAMT NAHM DIE  
UNTERKÜNFTE DER BESCHÄFTIGTEN IM ALTKREIS UNTER DIE LUPE. FOTO: NIEMEYER DAS  
BETRIEBSGELÄNDE DER FIRMA WESTFLEISCH WAR NICHT GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNGEN.  
DAS GESUNDHEITSAMT NAHM DIE UNTERKÜNFTE DER BESCHÄFTIGTEN IM ALTKREIS UNTER DIE  
LUPE. FOTO: NIEMEYER

Alexander Grohmann

Lübbecke (WB). „Für Lübbecke können wir Entwarnung geben. Das ist eine extrem gute Nachricht“,  
sagt Bürgermeister Frank Haberbosch, nachdem bei den Untersuchungen der Unterkünfte von  
Arbeitern der Firma Westfleisch keine großen Missstände, sondern allenfalls kleinere Mängel ans

Tageslicht gekommen sind. „Es wurden alle Unterkünfte untersucht. Es wurden keine Zustände festgestellt, die weitere Maßnahmen erfordern“, sagt Lübbeckes Stadtoberhaupt.

Nach dem Corona-Ausbruch bei Westfleisch in Coesfeld waren die Gesundheitsämter an den weiteren Standorten des Unternehmens in NRW alarmiert. Das Aufatmen hierzulande ist mittlerweile groß: Die Corona-Tests fielen bei allen 510 Westfleisch-Beschäftigten im Kreis Minden-Lübbecke negativ aus (wir berichteten).

Darüber hinaus wurden die Wohnbedingungen der Mitarbeiter unter die Lupe genommen. „Wir haben im Altkreis relativ viele solcher Unterkünfte“, sagt Haberbosch. „Es wurden alle Unterkünfte besucht, die durch die Firma bei der Bezirksregierung gemeldet sind, dazu auch der Großteil der Privatwohnungen, die von Beschäftigten selbst angemietet werden. Es gab keine Anlässe, Wohnungen zu schließen.“

Lübbeckes Bürgermeister verweist darauf, dass es sich um einfache Lebensverhältnisse handelt, die Auflagen seien aber weitestgehend erfüllt worden. Beanstandet wurden Kleinigkeiten. „An einem Standort gab es nicht genug Desinfektionsmittel, woanders musste ein Bett umgestellt werden“, sagt Haberbosch.

Die Kritik nimmt dennoch kräftig zu: Die Geschäftsführerin der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten der NGG-Region Bünde-Minden-Lübbecke, Gaby Böhm, hat nach den Vorkommnissen in Coesfeld (Münsterland) regelmäßige Kontrollen in den Betrieben gefordert. „Bei der Schlachtung und Zerlegung herrscht seit Jahren ein knallharter Dumping-Wettbewerb – besonders zum Start der Grillsaison. Wohin dieser Preiskampf führen kann, zeigen die jüngsten Corona-Ausbrüche in Coesfeld und anderen Schlachthöfen“, sagt Böhm.

Es sei gut, dass die NRW-Landesregierung nun alle Fleisch-Beschäftigten auf Corona testen und die Sammelunterkünfte durch die Gesundheitsämter kontrollieren lassen wolle. „Aber das darf keine einmalige Aktion sein. Aktuell geht es um das Virus. Um die Gesundheit der Beschäftigten aber auch künftig zu schützen, muss die Fleischbranche regelmäßig vom Staat in den Blick genommen werden“, so Böhm. Und dies müsse wesentlich intensiver geschehen als bislang.

Zwar habe das Land NRW den Arbeitsschutz in der Fleischindustrie schon im Oktober schwerpunktmäßig kontrolliert. Trotzdem sei es jetzt zu diesen fatalen Infektionsfällen gekommen. „Hier muss deutlich mehr passieren.“ In NRW arbeiten laut NGG knapp 30.000 Beschäftigte in der Branche – viele osteuropäische Werkvertragsarbeitnehmer in Subunternehmen nicht mitgerechnet.

Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten sei bei den Ramsch-Angeboten offenbar nicht eingepreist, kritisiert die NGG – „vom Tierwohl ganz zu schweigen“. Nach Informationen der Gewerkschaft hat die Arbeitsbelastung in den Schlachthöfen im Zuge der hohen Fleischnachfrage des Einzelhandels zuletzt stark zugenommen. „Zwölf-Stunden-Schichten sind in vielen Betrieben

gang und gäbe. Es trifft vor allem die Werkvertragsbeschäftigten aus Osteuropa, die über Subunternehmen angestellt sind“, so Böhm.

Die lange, körperlich harte Arbeit in der Schlachtung und die Zerlegung geschlachteter Tiere mache die Menschen anfälliger für Erkrankungen und schwäche ihre Widerstandskraft. Auch das sei ein Aspekt, der bei Covid-19-Infektionen nicht unter den Tisch fallen dürfe.

Hinzu komme die Unterbringung. „Während überall Abstandsregeln und Kontaktsperrungen gelten, wohnen in den Gemeinschaftsunterkünften oft bis zu sechs Osteuropäer in einer 60-Quadratmeter-Wohnung. Dafür ziehen die Subunternehmer dann aber jedem Einzelnen auch noch 250 Euro vom ohnehin kargen Lohn ab“, berichtet Böhm. Fleisch darf keine Ramschware sein – nicht in normalen Zeiten und schon gar nicht in der Pandemie“, so Böhm.

Bürgermeister Frank Haberbosch bemüht sich um eine Klarstellung in der Thematik. „Zu den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen bei der Firma Westfleisch kann man mit Sicherheit unterschiedlicher Meinung sein. Das ist aber nicht die Aufgabe der Überprüfung gewesen. Wir waren nicht im Betrieb, sondern in den Wohnungen.“ Eine ganz andere Frage sei, „wie man mit Tieren umgeht oder zu dem System mit Subunternehmern steht, das in der Branche praktiziert wird“, so Haberbosch.